

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,

Mit unserem ersten Newsletter des Jahres 2019 wollen wir euch wie gewohnt über die vergangene Ratssitzung informieren.

Gute Nachrichten gibt es vom Osnabrücker Bündnis für bezahlbaren Wohnraum:

Das Bürger*innenbegehren hat bereits ausreichend Unterschriften gesammelt und ist erfolgreich!

Vielen Dank an alle engagierten Sammler*innen. Nun ist es an der Zeit, dass in der kommenden Ratssitzung ein Beschluss folgt—ansonsten gibt es den Bürger*innenentscheid am 26.05.2019!

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Lars

Termine

25.02.2019 Fraktionssitzung,
Parteibüro DIE LINKE., Bramscher
Straße 23, 19:00 Uhr

11.03.2019 Fraktionssitzung,
Kleine Ratskammer, Rathaus
17:30 Uhr

12.03.2019 Ratssitzung, 17:00
Uhr

Wann und wo die nächsten Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Rückblick Januar-Sitzung

Zur ersten Ratssitzung des Jahres 2019 haben wir unterschiedliche Anträge gestellt, von denen wir euch hier berichten möchten.

Langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven im Konzern Stadt geben!

Unser [Antrag](#) zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes wurde nach einem Änderungsvorschlag des OB einstimmig angenommen. Dieses Programm der Bundesregierung bietet die Möglichkeit Stellen für langzeitarbeitslose Menschen zu schaffen, die über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, in den ersten beiden Jahren sogar zu 100 %, gefördert werden.

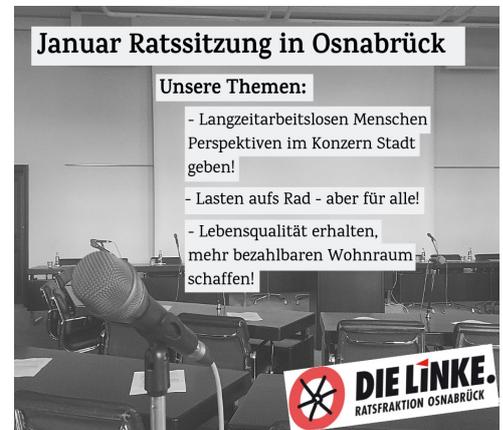
Langzeitarbeitslosigkeit ist in Osnabrück weiterhin ein ungelöstes Problem. Knapp 2.500 Menschen sind davon betroffen. Mit diesem Programm können nur unter 3 % gefördert werden. Wir sehen trotzdem mit der Förderung eine Möglichkeit bei der Stadt (und ihren Eigenbetrieben) Stellen zu schaffen und so den Menschen Perspektiven zu ermöglichen.

Die berechtigte Kritik an dem Teilhabechancengesetz teilen wir und haben daher in unseren Antrag gefordert, dass die Stadt prüfen muss, wie die Beschäftigung, über die ersten zwei bis fünf Jahre hinaus, sichergestellt werden kann. Da während der Maßnahmen keine Arbeitslosenversicherung gezahlt wird, würden die Beschäftigten wieder ins ALG-II fallen.

Unser Antrag stieß bei allen Fraktionen auf positive Resonanz und wurde einstimmig angenommen. Nun gilt es die Vorschläge der Verwaltung abzuwarten und die Umsetzung des Programms kritisch zu begleiten!

Lasten aufs Rad - aber für alle!

Bei einem Antrag der Grünen fehlte, wie so häufig, die soziale Komponente. Mit einem



[Änderungsantrag](#) haben wir dafür gesorgt, dass bei einem Förderprogramm zum privaten Erwerb von Lastenrädern, auch die Unterstützung von bereits bestehenden kostenlosen Angeboten wichtig ist.

Das Engagement für eine ökologische Zukunft darf eben nicht nur vom Einkommen abhängen. Es braucht für alle Menschen die Möglichkeit bei Bedarf ein Lastenrad nutzen zu können. Lastenräder sollten als Gemeingüter angeboten werden. Mit den Angeboten von [Karlos](#), dem [ADFC](#) und auch den [Stadtwerken](#) gibt es bereits erste, für die Nutzer*innen kostenlose Angebote in unserer Stadt—diese sollten wir weiter unterstützen und ausbauen!

Lebensqualität erhalten, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir einen [Änderungsantrag](#) zur kurzfristigen Forderung der CDU/BOB zur Schaffung von mehr Wohneinheiten gestellt.

Klar ist, dass wir mehr bezahlbare und gute Wohnungen in unserer Stadt brauchen. Aber nur die Zielzahl von 3.000 auf 5.000 zu erhöhen, wird gar nichts bringen. Auch das Ziel 3.000 neue Wohneinheiten zu schaffen hat schon die Probleme der bezahlbaren Mieten nicht gelöst!

→ Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 1

Im Neubau entstehen eben auf dem freien Markt keine bezahlbaren und guten Wohnungen. Hierfür braucht es eine kommunale Wohnungsgesellschaft, die nicht-gewinnorientiert arbeitet!

Es braucht aber dennoch Bauflächenentwicklung in unserer Stadt. Mit unserem Änderungsantrag haben wir ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm gefordert. Die Flächen werden knapper und mehr Planungsrecht zu schaffen kann auf eine vernünftige Art und Weise nur funktionieren, wenn soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien gleichberechtigt berücksichtigt werden. Es gilt den gesamtstädtischen Blick nicht zu verlieren.

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der sogenannten Regenbogenkoalition aus SPD, Grüne, FDP, UWG/Piraten und uns beschlossen.

Einwohner*innenfragestunde

In der Ratssitzung gab es dann auch eine Einwohner*innenfragestunde. Hierfür wurde die Sitzung für eine halbe Stunde pausiert und die anwesenden Einwohner*innen hatten die Möglichkeit ihre Fragen direkt an die Verwaltung zu stellen.

Es wurde hier mal wieder deutlich, wo die drängenden Probleme unserer Stadt derzeit liegen: in der Frage nach bezahlbarem und guten Wohnraum und der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Viele fragenden Einwohner*innen äußerten ihre Sorgen und Vorstellung zum Thema Wohnen. Verkehrsberuhigung auf dem Westenberg und die Frage nach der Umsetzung zum Ratsbeschluss zur Seebrücke waren weitere Themen.

Bürger*innenbegehren erfolgreich!

Die Initiative der Osnabrücker Zivilgesellschaft für ein Bürgerbegehren zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft hat einen wichtigen Teilerfolg erlangt:

Das Bürger*innenbegehren ist erfolgreich–und das mit weit mehr als den geforderten Stimmen!

Seit Jahren fordern wir im Rat die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. „Niedrige Mieten, statt fetten Renditen“ kann nur mit einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft funktionieren, die sich auf dem Wohnungsmarkt gegen die gewinnorientierten Investoren positioniert!

Das überwältigende Ergebnis des Bürger*innenbegehrens zeigt deutlich, dass der Rat nun endlich einen Beschluss zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft fassen muss!

Tut er dies nicht, so haben die Osnabrücker*innen nun am 26.05.2019 die Möglichkeit selbst über die Gründung zu entscheiden!

Mehr Infos unter <http://bezahlbarer-wohnraum-osnabrueck.de/>



Bürgerbegehren für eine kommunale
Wohnungsgesellschaft in Osnabrück

**Bezahlbarer
Wohnraum für
alle!**

Unterschreiben Sie jetzt!

bezahlbares
Wohnraum
für alle

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Öffnungszeiten:

Mo., Di. u. Do.: 09:00-14:00

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Website: linksfraktion-os.de

Twitter: [@linksfraktionos](https://twitter.com/linksfraktionos)

Facebook: [Fraktion DIE LINKE. Osnabrück](https://www.facebook.com/FraktionDIE.LINKE.Osnabrueck)